

## 1. Mai: Alle für Europa

Die Europawahl am 26. Mai ist eine Richtungsentscheidung. Für den DGB ist der Tag der Arbeit in diesem Jahr auch der Tag der europäischen Solidarität. GewerkschafterInnen im ganzen Land machen deutlich, was für ein Europa sie wollen: sozial, gerecht und solidarisch. Dass sie damit einen Nerv treffen, zeigen neue Zahlen.

Wenn es die EU nicht gäbe, müsste man sie erfinden. Seit ihrer Gründung hat sie Frieden, Fortschritt und zahlreiche Arbeitnehmerrechte – wie geregelte Arbeitszeiten, Urlaub, Mutterschutz – gebracht. Doch: Viel zu oft haben die Märkte und wirtschaftliche Überlegungen Vorrang vor einem sozialen und gerechten Europa. Deswegen sagen der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften: Europa – jetzt aber richtig! „Wir wollen Europa, aber wir wollen, dass es richtig gemacht wird. Wir kämpfen für ein soziales, solidarischeres und gerechtes Europa.“

Dass sie damit einen Nerv treffen, zeigen neue Zahlen der Hans-Böckler-Stiftung, die auf einer Umfrage von *policy matters* beruhen. Rund zwei Drittel der Deutschen fordert eine gleiche Bezahlung von Frauen und Männern. Auch der DGB und die Gewerkschaften wollen für Europa eine eigenständige Gleichstellungsstrategie mit konkreten Maßnahmen für gleiche Bezahlung, bessere Work-Life-Balance, mehr Frauen in Führungspositionen, gerechte Steu-

ersysteme ohne Nachteile für Frauen und gute öffentliche Angebote zur Kinderbetreuung und Pflege.

Die Menschen in Deutschland finden es auch wichtig, dass die EU sich um eine gerechte Besteuerung internationaler Unternehmen kümmert – dies antworteten 61 Prozent. Aus Sicht des DGB ist klar: Große Unternehmen, die in Europa Gewinne machen, müssen entsprechend Steuern zahlen. Bisher gibt es zu viele legale Tricks, so dass sie trotz horrender Gewinne ihren angemessenen Beitrag für die Allgemeinheit nicht leisten. Die Gewerkschaften wollen daher EU-weite einheitliche Regeln für Steuern und gegen Steuer-Schlupflöcher.

Für mehr als die Hälfte der Deutschen ist es wichtig, dass die EU Menschen vor Arbeitslosigkeit schützt und die Rechte von Beschäftigten stärkt. Ein effektives Mittel, um Arbeitslosigkeit zu verhindern und Arbeitnehmerrechte durchzusetzen, ist die Mitbestimmung. Der DGB fordert, diese in Europa weiter zu stärken. Es brauche Mitspracherechte für Arbeitnehmer-VertreterInnen. Wenn die Rechte Europäischer Betriebsräte nicht geachtet werden, muss es aus Sicht der Gewerkschaften finanzielle Sanktionen geben – in einer Höhe, die Unternehmen tatsächlich abschreckt.

Die Menschen in Deutschland wissen, was sie an Europa haben. Zeit, dies am 1. Mai zu feiern und gleichzeitig allen GegnerInnen von Europa, den Rechtspopulisten und Nationalisten zu zeigen: Nicht mit uns. Denn diese Ewiggestrigen haben keine Konzepte für Europa und keine Lösungen. Im Gegenteil: Der Chaos-Brexit zeigt, wohin es führt, wenn Rechte Ängste schüren – ohne Plan für die Zukunft. Der DGB-Vorsitzende Reiner Hoffmann ruft alle GewerkschafterInnen auf: „Geht wählen und stärkt mit eurer Stimme die europäische Demokratie!“ Mai-Aufruf 2019: [www.dgb.de/-/C6k](http://www.dgb.de/-/C6k)

**DGB-Zukunftsdialog gestartet**  
Mit einer Aktionswoche unter dem Motto „Bezahlbar ist die halbe Miete“ ist der DGB-Zukunftsdialog bundesweit erfolgreich gestartet.

**SEITEN 2 UND 3**

**GewerkschafterInnen für Europa**

Wir stellen vier GewerkschafterInnen vor, die am 26. Mai für das Europäische Parlament kandidieren.

**SEITE 4**

**ILO: Ein „kühner Traum“**

Der ILO-Generalsekretär Guy Ryder blickt auf die 100-jährige Geschichte der Internationalen Arbeitsorganisation zurück.

**SEITE 7**

### Frieden und Gerechtigkeit

Anteil der Deutschen, die folgende Aufgaben für die wichtigsten der EU halten (in Prozent)

Den Frieden in Europa sichern **80**

Gleiche Bezahlung von Männern und Frauen gewährleisten **65**

Gerechte Besteuerung internationaler Unternehmen **63**

Arbeitnehmer vor dem Verlust ihres Arbeitsplatzes schützen **54**

Die Rechte von Arbeitnehmern stärken **51**

Quelle: *policy matters* 2019, Hans-Böckler-Stiftung 2019

© DGB-einblick 05/2019 / CC BY 4.0

**Was den Menschen wirklich wichtig ist in Europa – viele der Punkte stimmen mit den DGB-Forderungen zur Europa-Wahl überein.**



**EINBLICK IM INTERNET**

Aktuelle News gibt es auf der einblick-Internetseite: [www.dgb.de/einblick](http://www.dgb.de/einblick)



**E-MAIL-NEWSLETTER**

Anmeldung unter: [www.dgb.de/einblicknewsletter](http://www.dgb.de/einblicknewsletter)



**Reden  
wir über...**  
DER ZUKUNFTSDIALOG

# Aktionswoche Wohnen

Mit mehr als 200 Veranstaltungen und Aktionen hat der DGB Ende März auf die schwierige Situation am Wohnungsmarkt aufmerksam gemacht – denn bei vielen Menschen frisst die Miete immer größere Teile des Einkommens auf. Die Aktionswoche ist der öffentliche Auftakt des DGB-Zukunftsdialogs.

**M**it mobilen Wohnzimmern in Fußgängerzonen, Straßenumfragen, Diskussionsveranstaltungen und vielen weiteren Aktionen war der DGB vom 25. bis 29. März bundesweit unterwegs. „Wir wollen mit den Menschen vor Ort ins Gespräch kommen und von ihnen wissen: Welchen Problemen begegnen sie bei der Wohnungssuche, bei Mieten und Nebenkosten. Ein immer größerer Anteil des Einkommens wird von den Mieten aufgefressen und viele Menschen können sich keine Wohnung in der Nähe ihres Arbeitsortes mehr leisten“, sagte der DGB-Vorsitzende Reiner Hoffmann zum Start der Aktionswoche. Bezahlbares Wohnen sei „die neue soziale Frage unserer Zeit“.

Dass die Politik schnell und effektiv handeln muss, zeigt eine umfassende Studie, die von der Hans-Böckler-Stiftung gefördert wurde. Demnach fehlen in den 77 deutschen Großstädten fast zwei Millionen günstige Wohnungen. Am größten

ist die Lücke in Berlin, Hamburg und Köln, aber selbst in kleineren Großstädten gehen Angebot und Nachfrage weit auseinander. Die Stadtsoziologen der Humboldt-Universität Berlin haben für jede deutsche Großstadt – von Kiel bis München, von Aachen bis Dresden – ein Profil der Wohnsituation erstellt.

Die Städteprofile enthalten unter anderem Zahlen zu Wohnkosten, Wohnungsgrößen oder Wohnungsausstattungen. Im Zentrum steht die Mietbelastungsquote, bei der die Höhe der Bruttokaltmiete ins Verhältnis zu den Einkommen in den einzelnen Städten gesetzt wird. In deutschen Großstädten müssen vier von zehn Haushalten und damit rund 8,6 Millionen Menschen mindestens 30 Prozent ihres Haushaltseinkommens aufwenden, um die Wohnung zu bezahlen. Der Anteil ist einerseits hoch in wohlhabenden, teuren Städten wie Bonn oder Wiesbaden, andererseits in Großstädten mit vielen einkommensschwachen

Haushalten wie Bremerhaven oder Duisburg. Auf den höchsten Wert kommt Neuss – dort muss fast jeder zweite Haushalt mehr als 30 Prozent des Einkommens für die Miete ausgeben.

Was die Politik aktuell gegen die Probleme am Wohnungsmarkt tue, „entspricht nicht der Problemlage“, erklärte DGB-Vorstandsmitglied Stefan Körzell. Es sei „Druck im Wohnungsmarkt“, so Körzell. „Die Mieten steigen, und Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer können sich diese Mieten nicht mehr leisten.“ Die Reaktionen auf die Aktionswoche im Rahmen des DGB-Zukunftsdialogs zeigen, wie sehr den Menschen das Thema unter den Nägeln brennt. So kommentiert etliche NutzerInnen auf der DGB-Dialogplattform unter [www.redenwirueber.de](http://www.redenwirueber.de) die aktuelle Situation am Wohnungsmarkt. „Das Recht auf Wohnen muss durch den Gesetzgeber/Politik geschützt werden. Dieses darf nicht durch Kapitalinteressen ausgehebelt werden können. Eine Quote muss eingerichtet



# bundesweit erfolgreich

werden, damit finanziell normal gestellte und auch Geringverdiener nicht in Ghettos abgeschoben werden. Nur so kann eine weitere Spaltung der Bevölkerung verhindert werden“, schrieb ein/e NutzerIn.

Viele andere UserInnen machen Vorschläge, wie Politik und Gesellschaft gegen steigende Mieten vorgehen können und berichten von eignen Erfahrungen bei der Wohnungssuche. Als „eine fast aussichtslose Sache, unglaublich zeitintensiv und nervenaufreibend“ bezeichnete ein/e NutzerIn die Suche nach einer Wohnung für die eigene Mutter im Saarland. „Es dauerte 3,5 Jahre, bis eine in Aussicht war, und dann nochmals ein weiteres halbes Jahr, bis diese dann saniert und bezugsfertig war.“ Ähnliches klang auch in den Gesprächen auf den Straßen und Plätzen an. Dort diskutierten hunderte von PassantInnen intensiv mit den GewerkschafterInnen über die Wohnungsnot. Alle Hinweise und Vorschläge – nicht nur zum Thema Wohnen – werden dokumentiert und fließen ebenfalls in den DGB-Zukunftsdialog ein.

## DGB-ZUKUNFTSDIALOG

Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften haben einen breiten gesellschaftlichen Dialog gestartet. Wir fragen die Menschen, sammeln ihre Antworten und entwickeln daraus Impulse für eine gerechtere Politik in Deutschland. Auch auf der Online-Dialogplattform sind Menschen eingeladen, über aktuelle politische Herausforderungen zu diskutieren, Vorschläge und Hinweise zu geben. Diese werden dokumentiert und fließen in den DGB-Zukunftsdialog mit ein. Die DGB-Dialogplattform findet ihr unter: [www.redenwirueber.de](http://www.redenwirueber.de)

@ Auswahl von Zitaten der DGB-Dialogplattform

Wichtiger fände ich es, dass die Löhne und das Rentenniveau **steigen!** Alles andere ist nur ein Strohfeder!

Bei der Verbesserung der Erwerbsminderungsrente **gehen** schon die Bestandsrentner **wieder leer aus.** Das ist ungerecht und unakzeptabel.

Die Vermögensverhältnisse müssen **ausgeglichen** werden. Höhere Löhne für die Menschen in der EU.

Die Einkommensmillionäre müssen endlich zur Finanzierung der Bildung und für Rente **herangezogen** werden.

Umverteilen **von oben nach unten.** Keine Aufrüstung, keine zwei Prozent vom Bruttozialprodukt für Rüstung.

## BEZAHLBARE WOHNUNGEN IN GANZ EUROPA

Deutschland und ganz Europa rutschen immer tiefer in eine Wohnungskrise. Die Wohnkostenbelastung steigt in vielen Städten und Regionen – von der Algarve bis nach Warschau, von Trondheim bis Palermo. Rund 53 Millionen Europäerinnen und Europäer zahlen mehr als 40 Prozent ihres Einkommens für das Wohnen. Eine neu gegründete Europäische Bürgerinitiative „Housing for all“ fordert den EU-Gesetzgebern auf, bessere rechtliche und finanzielle Rahmenbedingungen für mehr bezahlbares und soziales Wohnen zu schaffen. Der DGB unterstützt mit dem Deutschen Mieterbund (DMB) das Bündnis. Folgende Ziele verfolgt „Housing for all“ unter anderem:

- Keine Beschränkung der Zielgruppen des geförderten Wohnungsbaus.
- Öffentliche Investitionen von Gebietskörperschaften für leistbares, bezahlbares Wohnen müssen von den Maastricht-Kriterien ausgenommen werden.
- Gemeinnützige Wohnbauträger müssen Finanzmittel von der Europäischen Investitionsbank zu verbesserten Konditionen erhalten.
- Kurzzeitvermietungen von Wohnraum über digitale Plattformen dürfen bezahlbaren Wohnraum nicht reduzieren.
- Um den Wohnbedarf in den europäischen Regionen darstellen zu können, müssen entsprechende Daten europaweit standardisiert erhoben werden.

Ziel der Europäischen Bürgerinitiative ist es, innerhalb eines Jahres eine Million Unterschriften von Unterstützern in ganz Europa zu sammeln, damit die gemeinsamen Forderungen sowohl von der EU-Kommission als auch vom Europäischen Parlament angehört und behandelt werden. In Deutschland müssen mindestens 72 000 Unterschriften gesammelt werden. Bis zum 18. März 2020 können Unterstützer auf [www.housingforall.eu](http://www.housingforall.eu) unterschreiben oder ab Ende April 2019 auf Unterschriftenlisten, die beim DGB, DMB und den örtlichen Mietervereinen ausliegen.

[www.housingforall.eu](http://www.housingforall.eu)



Fotos: DGB

# Für ein soziales Europa



Für die 96 Plätze im Europaparlament, auf denen deutsche Abgeordnete sitzen, bewerben sich zahlreiche KandidatInnen. *einblick* stellt einige von ihnen mit gewerkschaftlichem Hintergrund vor, die sich in den nächsten fünf Jahren für Arbeitnehmerrechte in Europa stark machen wollen.



**ÖZLEM DEMIREL (DIE LINKE), 35, ist Gewerkschaftssekretärin bei ver.di NRW. Von 2010 bis 2012 war sie Landtagsabgeordnete in NRW und dort bau- und wohnungspolitische Sprecherin sowie anschließend parlamentarische Geschäftsführerin der Fraktion. Sie ist Spitzenkandidatin der Linken für die Europa-Wahl.**

„Ein gemeinsamer europäischer Arbeitsmarkt braucht gemeinsame Regeln, sonst nutzt das nur den Arbeitgebern, die dann die Beschäftigten in den verschiedenen Ländern gegeneinander auspielen. Auch in Deutschland wurde ein großer Niedriglohnsektor mit dem Hinweis auf die europäische Konkurrenz ausgebaut. Um Lohn- und

Sozialdumping zu überwinden und den Standort- und Konkurrenzdruck zu verringern, wollen wir gemeinsame Mindeststandards und starke, ein-klagbare Rechte für die Beschäftigten. Die Arbeit muss für alle Beschäftigten sicher, unbefristet, tariflich bezahlt, sozial abgesichert und demokratisch mitgestaltet sein. Dafür fordern wir europä-

weite armutsfeste Mindestlöhne, die Stärkung der Tarifbindung durch die Umsetzung von Tariftreuegesetzen, eine aktive Investitionspolitik und echte Mitbestimmung für europäische Betriebsräte inklusive eines Vetorechts. Das alles gilt, egal ob die Arbeit mit Laptop oder Wischmopp, im Pflegekittel oder Blaumann geleistet wird.“



**ISMAIL ERTUG (SPD), 43, ist 2009 ins Europäische Parlament eingezogen und wurde 2014 wiedergewählt. Er ist Mitglied im Ausschuss für Verkehr und Tourismus. Ertug ist gelernter Industriekaufmann und Sozialversicherungsfachangestellter sowie studierter Krankenkassen-Betriebswirt. Er ist ver.di-Mitglied und war von 2002 bis 2006 Personalrat bei der AOK Amberg.**

„Wir stehen vor richtungsweisenden Herausforderungen: Die wachsende Ungerechtigkeit bei der Vermögensverteilung, rasanter technischer Wandel durch die Digitalisierung sowie zunehmender Protektionismus stellen die Politik vor Aufgaben, die auf nationaler Ebene kaum noch zu lösen sind. Meine Ziele für die nächste Legislatur sind klar:

Wir brauchen einen europäischen Mindestlohn, eine europäische Sozialversicherungsnummer und eine gesamteuropäische Investitionsoffensive für gute und zukunftsfeste Arbeitsplätze. Dabei setze ich mich für eine europäische Batteriezellfertigung ein. Der Trend der Elektromobilität ist nicht mehr wegzudiskutieren. Im globalen Kräfterennen müs-

sen wir Europas Fähigkeiten auf feste Beine stellen. Deswegen sind Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen in diesen Bereichen unabkömmlich. Dabei muss die Stärkung betrieblicher Mitbestimmung in ganz Europa Teil einer industriepolitischen Offensive sein. Ich weiß: Dieser Kontinent hat Zukunft – Zukunft mit guter Arbeit!“



**DENNIS RADTKE (CDU), 40, sitzt seit 2014 im Europäischen Parlament. Dort ist er Mitglied im Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten. Von 2006 bis 2014 war der gelernte Industriekaufmann Gewerkschaftssekretär bei der IG BCE und von 2010 bis 2014 Bundesvorsitzender der Jungen CDA.**

„Mit der Europäischen Säule sozialer Rechte hat die EU in den letzten drei Jahren einen großen Fortschritt in Richtung sozialere EU gemacht. Mit der Entsenderichtlinie haben wir Arbeitnehmer vor Dumpinglöhnen geschützt. Mit der Richtlinie für transparente und verlässliche Arbeitsbedingungen wurden Arbeitnehmerrechte erheblich gestärkt.

Für beides habe ich mich leidenschaftlich eingesetzt. Aber am Ziel sind wir noch nicht. In der EU als einer der weltweit größten Binnenmärkte muss die Soziale Marktwirtschaft überall umgesetzt werden. So wie es in den EU-Verträgen steht. Eine soziale Marktwirtschaft bedeutet Tarifautonomie, starke Sozialpartner sowie freie und selbstbe-

wusste Gewerkschaften. Dafür kämpfe ich! Unser deutsches Erfolgsmodell der Mitbestimmung hat dabei Vorbildcharakter. Mitbestimmung müssen wir stärken, nicht mit falschen Argumenten schwächen. Wettbewerbsfähigkeit alleine garantiert noch keinen Wohlstand. Dazu braucht es Mitbestimmung und starke Arbeitnehmerrechte.“



**TERRY REINTKE (Bündnis90/Die Grünen), 32, ist seit 2014 Mitglied des Europäischen Parlaments. Sie ist Mitglied in den Ausschüssen für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten, für regionale Entwicklung und für die Rechte der Frau und die Gleichstellung der Geschlechter. Sie kandidiert auf Platz 3 der bundesweiten Liste der Grünen und ist ver.di-Mitglied.**

„Nach Jahrhunderten des Krieges und trotz aller aktuellen Probleme ist Europa noch immer ein Projekt des Friedens, des Zusammenwachsens und des gemeinsamen Vorankommens. Den Kern dieses Projekts bildet für mich die Freizügigkeit. Deshalb kämpfe ich dafür, dass die Europäische Union grenzüberschreitendes Arbeiten sozial absichert.

Eine europäische Sozialversicherungsnummer kann dazu ebenso beitragen wie ein europäisches Sozialversicherungsregister, das der Ausbeutung von Arbeitskräften das Handwerk legt. Außerdem setze ich mich für eine europäische Arbeitslosenversicherung ein, die ein wichtiger Baustein für eine echte Sozialunion wäre. Damit würde erstmals

eine soziale Mindestabsicherung auf europäischer Ebene garantiert, hinter die die Mitgliedstaaten auch in wirtschaftlichen Krisenzeiten nicht zurückfallen können. Letztlich kann die Wirtschafts- und Währungsunion langfristig nur bestehen, wenn sie durch eine soziale Säule ergänzt wird. Dazu braucht es soziale Mindeststandards.“

Bis zur Europawahl können Sie beim **Europawahl-Quiz** des DGB jede Woche mit zwei neuen Quiz-Fragen ihr Wissen über die Europäische Union testen – und gewinnen. Unter allen TeilnehmerInnen, die beide wöchentlichen Quiz-Fragen richtig beantworten, wird pro Woche eine **Bahn-Reisegutschein im Wert von 50 Euro** verlost.

Am Ende der Quiz-Wochen wird unter allen erfolgreichen TeilnehmerInnen der Hauptpreis verlost: **ein Wochenende für zwei Personen in einer europäischen Stadt der Wahl**. Darin enthalten sind die An- und Abreise mit der Bahn (2. Klasse), sowie zwei Übernachtungen mit Frühstück. Der Gesamtwert beträgt bis zu 1.000 Euro. [www.dgb.de/-IC7t](http://www.dgb.de/-IC7t)

# Altersarmut: „Das schnürt mir den Hals zu“

Ob im Kindergarten oder auf dem Bau – rund vier Millionen Deutsche arbeiten Vollzeit im Niedriglohnssektor. Ihre Rente wird künftig nur für das Nötigste reichen. Aus Scham trauen sich viele nicht, zum Sozialamt zu gehen. Gerade diese Menschen würden von der Grundrente profitieren.



**P**etra Vogel liebt die Ostsee. Alle zwei Jahre fährt sie mit einer Freundin für eine Woche in den Norden und macht Urlaub am Meer. Im September ist es endlich wieder so weit. Doch dieses Jahr könnte die Reise einer der letzten gewesen sein, denn in vier Jahren geht Vogel in Rente. 735 Euro im Monat brutto bekommt sie dann noch auf ihr Konto überwiesen. Davon geht alleine fast die Hälfte für die Kaltmiete ihrer Bochumer Wohnung drauf. Der Ostsee-Urlaub sei dann einfach nicht mehr drin, sagt Vogel. „Jeden Tag, den die Rente näher rückt, schnürt mir das mehr den Hals zu“, so die 61-Jährige.

Seit 31 Jahren arbeitet Vogel für ein Dienstleistungsunternehmen im Universitätsklinikum Bergmannsheil in Bochum. 14 Jahre hat sie die Intensivstation geputzt, acht Stunden am Tag. Das sei ein extrem stressiger und körperlich anstrengender Job gewesen. „Du musst sehr schnell und nach Hygienestandards arbeiten. Wenn ein Patient verlegt wird, steht der nächste schon im Durchgang“, sagt Vogel.

Vor 17 Jahren wurde Vogel zur Betriebsratsvorsitzenden gewählt und von ihrer Arbeit als Reinigungskraft freigestellt. Wenn die Bochumerin 2023 nach 39 Beitragsjahren in Rente geht, reicht ihr Einkommen gerade mal für die Miete und das Essen auf dem Tisch. So geht es auch einem großen Teil ihrer KollegInnen: Rund 10 Millionen Menschen in Deutschland verdienen derzeit weniger als 2200 Euro im Monat. Wer wie Vogel das ganze Berufsleben für einen so niedrigen Lohn gearbeitet hat, ist im Alter von Armut bedroht.

Trotzdem bezieht nur ein sehr kleiner Teil Grundsicherung im Alter. Nach Berechnungen der Hans-Böckler Stiftung aus dem Jahr 2012 nehmen 68 Prozent der über 65-Jährigen diesen Anspruch nicht wahr. Sie schämen sich, den Staat um Hilfe

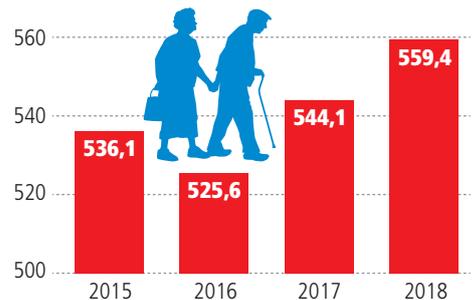
zu bitten – nach einem ganzen Arbeitsleben – und drehen lieber jeden Cent um, als den Gang zum Sozialamt anzutreten. Arbeitsminister Hubertus Heil will diese Menschen mit der Grundrente sozial absichern. Die sogenannte Respekt-Rente bekommt jeder, der 35 Jahre gearbeitet, Kinder erzogen oder Angehörige gepflegt hat. Die monatliche Rente wird dann um bis zu 448 Euro erhöht, abhängig von der Höhe der eigenen Beiträge.

Auch Vogel würde von der Grundrente profitieren: Abzüglich der Kranken- und Pflegeversicherung hätte sie mit dem Konzept von Heil 800 Euro im Monat zur Verfügung – 140 Euro mehr als ohne staatlichen Zuschuss. Mit der bestehenden Grundsicherung würde Vogel zwar nur sechs Euro weniger bekommen, aber sie müsste beim Sozialamt um Hilfe bitten. Die Grundrente bekäme sie, nach den Plänen von Heil, auch ohne Bedürftigkeitsprüfung. Die CDU hingegen möchte in ihrem Grundrenten-Plan nicht auf eine Prüfung der Bedürftigkeit verzichten. „Betroffene im Alter zum Sozialamt zu schicken, ist keine Lösung. Das vergrößert die Angst vor Altersarmut nur“, sagt DGB-Vorstandsmitglied Annelie Buntenbach. Bei der Grundrente gehe es um eine Würdigung der Lebensleistung derer, die zu niedrigen Löhnen arbeiten mussten.

Vor allem für kommende Rentnergenerationen wird die Armut im Alter immer wahrscheinlicher: Wissenschaftler des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) und des Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) berechneten, dass im Jahr 2036 jeder fünfte 67-Jährige von Altersarmut bedroht sein wird. Das Armutsrisiko der deutschen NeurentnerInnen steigt demnach von derzeit 16 Prozent auf 20 Prozent. Gründe seien vor allem ein wachsender Niedriglohnssektor, geringere Renten durch Unterbrechungen des

## Grundsicherung im Alter

Anzahl der Menschen, die im Alter auf Grundsicherung angewiesen waren (in Tausend)



Quelle: Statistisches Bundesamt 2019 © DGB-einblick 05/2019 / CC BY 4.0

**In den vergangenen Jahren ist die Zahl der RentnerInnen, die auf Grundsicherung im Alter angewiesen sind, deutlich gestiegen.**

Berufslebens etwa für die Kindererziehung sowie dem sinkenden Rentenniveau. Gleichzeitig wird die Zahl der RentnerInnen rasant steigen: 2022 gehen die ersten Babyboomer in Ruhestand und immer mehr von ihnen droht die Armut, so das Ergebnis der Studie. Diese Rentnergeneration, hatte sich immer darauf verlassen, dass ihr Einkommen im Alter mal reichen wird, wenn sie nur immer fleißig in die gesetzliche Rente einzahlen. Nur wenige konnten nebenbei privat vorsorgen.

Der DGB will deshalb die gesetzliche Rente stärken. Dazu muss das Rentenniveau stabilisiert und wieder angehoben werden. Die Grundrente ist ein weiterer wichtiger Baustein für ein gutes Rentenversicherungssystem. Deshalb fordern die Gewerkschaften die Einführung der Grundrente ohne Bedürftigkeitsprüfung. Zudem soll die betriebliche Altersversorgung attraktiver werden.



## DGB-GRUNDRENTEN-RECHNER

Würden Sie von der geplanten Grundrente profitieren? Und wenn ja: Wieviel höher würde ihre Rente unterm Strich ausfallen? Rechnen Sie es aus mit unserem Grundrenten-Rechner. [www.dgb.de/-/Cqu](http://www.dgb.de/-/Cqu)

## EUROPA: STABILE GEWERKSCHAFTSVERBÄNDE

Die Europäischen Gewerkschaften stehen vor großen Aufgaben, urteilen die Wissenschaftler Hans-Wolfgang Platzer und Torsten Müller in einem Beitrag für die WSI-Mitteilungen. In ihrer Analyse haben sie die aktuelle Situation der Europäischen Gewerkschaftsverbände untersucht. Im Fokus stehen die Machtressourcen und die Profile der insgesamt zehn Dach- und Branchenverbände seit dem Ausbruch der Finanzkrise 2008. Die repräsentierte Gesamtmitgliedschaft sei relativ stabil.

Die Zahl der vertretenen Länder und der Mitgliederverbände ist leicht gestiegen. Dadurch sei die Mitgliedschaft heterogener geworden, was die Koordinierung anspruchsvoller mache. Hinzukommt, dass Europa in keinem guten Zustand ist und es unterschiedliche Perspektiven für Gewerkschaften aus EU und Nicht-EU-Ländern gibt. Positiv war der Einfluss, den die Verbände auf die EU-Kommission unter Präsident Jean-Claude Juncker nehmen konnten. „Die Gewerkschaften konnten, stärker als zu Beginn der Krise, mit programmatisch präziseren Vorstellungen und transnational abgestimmten politischen Forderungen auf die politische Agenda einwirken und wenigstens in einzelnen Bereichen Erfolge verbuchen.“



### Gewerkschaftsverbände in Europa

Repräsentierte Gewerkschaftsmitglieder\* in den Europäischen Gewerkschaftsverbänden (in Millionen)

	2008	2018
Europäischer Gewerkschaftsverband für den öffentlichen Dienst (EGÖD)	8,00	8,00
UNI-Europe	7,00	7,00
Europäisches Gewerkschaftskomitee für Bildung und Wissenschaft (EGBW)	5,50	11,00
industriALL Europe**	8,90	7,00
Europäische Föderation der Gewerkschaften für den Lebensmittel-, Landwirtschafts- und Tourismussektor (EFFAT)	2,60	2,60
Europäische Transportarbeiter-Föderation (ETF)	2,50	5,00
Europäische Föderation der Bau- und Holzarbeiter (EFBH)	2,30	2,00
EuroCop	0,53	0,53
Europäische Journalisten-Föderation (EJF)	0,28	0,32
Europäische Allianz für Kunst und Unterhaltung (EAEA)	0,30	k.A.

\* Mehrfachmitgliedschaften möglich; \*\* gegründet 2012; Zahlen 2008: Europäischer Metallgewerkschaftsbund, Europäische Föderation der Bergbau-, Chemie- und Energiegewerkschaften und Europäischer Gewerkschaftsverband Textil, Bekleidung und Leder  
Quelle: WSI-Mitteilungen 2/2019 © DGB-einblick 05/2019 / CC BY 4.0

**In vielen Europäischen Gewerkschaftsverbänden ist die Anzahl der vertretenen Mitglieder konstant. Zwei Verbände konnten ihre Mitgliederzahlen verdoppeln.**

DREI FRAGEN AN



**OLAF KRÖCK**

### Solidarität ist der Grundstein der Ruhrfestspiele. Wie wichtig ist die Verbindung von Kunst und Arbeitswelt?

Die Ruhrfestspiele sind von Beginn an einer gesellschaftlichen Gruppe verpflichtet, die nicht vorrangig zu einem akademisch geprägten Publikum zählt. Die Festspiele trugen nicht ganz zu Unrecht über Jahrzehnte den Beinamen „Arbeiterfestspiele“. Für mich heißt das, dass wir unser Programm möglichst breit und vielfältig aufstellen. Wir wollen immer wieder auch die Zuschauergruppen in den Blick nehmen, die nicht direkt den Weg zu einem Kunst-Festival finden. Darum haben wir auch unser Kinder- und Jugendtheater-Programm in diesem Jahr deutlich ausgebaut. Aber natürlich wird auch Schauspiel-Theater der führenden Bühnen Europas das Programm der Ruhrfestspiele prägen.

### Der Steinkohlenbergbau hat das Ruhrgebiet geprägt. Die Menschen haben sich über „Maloche“ definiert. Was kommt jetzt?

Der Begriff der Solidarität ist fest mit der Tradition des Bergbaus verbunden und hat heute vielleicht eine wichtigere Bedeutung denn je. Das solidarische Miteinander muss auch in Zukunft unser Zusammenleben prägen. Bisher hat vor allem das Ruhrgebiet gezeigt, dass es diesen Zusammenhalt gibt und dass die Menschen hier bereit sind, für einander einzustehen. Das „Arbeit“ hier wichtig ist, wird hoffentlich noch lange so bleiben. Aber der Strukturwandel vollzieht sich nicht ohne Herausforderungen und manchmal auch nicht ohne Spannungen.

### Was sind Ihre persönlichen Ziele als Intendant der Ruhrfestspiele?

Ich möchte, dass die Ruhrfestspiele auch in Zukunft ein Theaterfestival sind, dem es gelingt, viele Menschen auf Augenhöhe zu erreichen und mit einem vielfältigen Programm zu überzeugen. Das funktioniert dann, wenn sich die Ruhrfestspiele den Inhalten der Gegenwart stellen. Das Traditions-Festival muss gleichzeitig seine Relevanz als ein bedeutendes europäisches Kunst-Festival behaupten. Und darum wollen wir uns in unserem ersten Festspieljahr zwischen zwei Polen der Kunst bewegen, nämlich zwischen „Poesie und Politik“.

Olaf Kröck ist neuer Intendant der Ruhrfestspiele Recklinghausen, die am 1. Mai beginnen.



## Ticker

### IG Metall fordert Transformationskurzarbeitergeld im Handwerk

 Ralf Kutzner, geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall, fordert eine Qualifikationsoffensive für das Handwerk, um den strukturellen und digitalen Wandel zu bewältigen. Qualifikation sei der Schlüssel, um die Transformation zu bewältigen. Kutzner fordert auch die Einführung eines Transformationskurzarbeitergeldes. Die Idee ist: Kommt ein Betrieb in eine schwierige Lage, qualifizieren sich die Beschäftigten für neue Aufgaben und bleiben dem Betrieb erhalten. [www.igmetall.de](http://www.igmetall.de)

### PolizeibeamtInnen besser vor Gewalt schützen

 Die GdP fordert die politischen Verantwortlichen auf, die stetige Erosion des staatlichen Gewaltmonopols zu stoppen. Täglich gebe es im Schnitt 94 Fälle tätlicher Angriffe und Widerstand gegen die Staatsgewalt. Der GdP-Vorsitzende Oliver Malchow setzt sich dafür ein, Messerdelikten gesondert in der Kriminalstatistik zu erfassen. [www.gdp.de](http://www.gdp.de)

### Gericht stärkt Mitbestimmung bei Nordsee

 Erfolg für die Arbeitnehmervertretung der Fischrestaurantkette Nordsee und die NGG: Der vormalige Arbeitgeber ist mit allen Anfechtungen der Betriebsratswahlen vor Gericht gescheitert. Das Unternehmen hatte im März 2018 viele langjährige Betriebsräte zu „leitenden Angestellten“ erklärt. Da diese nicht in den Betriebsrat gewählt werden dürfen, sollte die Wahlen für ungültig erklärt werden. Der neue Eigentümer hat mittlerweile die Beschwerden gegen die Urteile zurückgenommen. [www.ngg.net](http://www.ngg.net)

### Tariftreue im Vergaberecht verankern

 Die IG BAU fordert, dass Tariftreue im Vergaberecht bei der Umsetzung der überarbeiteten Entsenderichtlinie in deutsches Recht verankert werden müsse, fordert IG BAU-Vize Dietmar Schäfers. Spätestens nach der Änderung der Entsenderichtlinie seien Tariftreue Regelungen bei der öffentlichen Vergabe mit dem EU-Recht zweifelsfrei vereinbar. [www.igbau.de](http://www.igbau.de)

# Soziale Gerechtigkeit – „kühner Traum“ für die Zukunft

Stellen Sie sich eine Welt ohne freie Wochenenden vor, ohne Acht-Stunden-Tag, ohne Mindest-Arbeitsalter und ohne Schutz für Schwangere oder schutzbedürftige ArbeitnehmerInnen. So sähe die Arbeitswelt aus, wenn die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) nie existiert hätte.



Feierlichkeiten zu 100 Jahre ILO: das ILO-Gebäude in Genf

Die Gründung der ILO 1919 bedeutete einen politischen, wirtschaftlichen und sozialen Gezeitenwechsel. Nach der Russischen Revolution und dem Ersten Weltkrieg gewann ein Gedanke breite Zustimmung – nämlich die Arbeitsbedingungen zu verbessern, um Stabilität zu erreichen. Dieser Gedanke sollte schließlich als Präambel die ILO-Verfassung eröffnen: „Der Weltfrieden kann auf die Dauer nur auf sozialer Gerechtigkeit aufgebaut werden“.

Die ILO ist nicht nur etwas Besonderes, weil sie die erste und älteste Sonderorganisation der UNO ist. Ihre Mitgliedschaft besteht unabhängig von der UNO – derzeit 187 Mitgliedsstaaten – und sie verfügt über eine einzigartige Struktur, in der VertreterInnen von Regierungen, ArbeitnehmerInnen und Arbeitgebern eine gleichberechtigte Rolle spielen. Die revolutionäre Bedeutung dieser Struktur kann nicht hoch genug geschätzt werden. Wer hatte 1919 je davon gehört, dass ArbeiterInnen und Arbeitgeber in der internationalen Politik mitreden konnten? Oder dass Regierungen mit ihnen zusammen arbeiten würden, um weltweite Arbeitsstandards zu etablieren, anstatt bestehende (Lohn)Differenzen zu nutzen, um Standortvorteile zu schaffen? Als er später zurückblickte, beschrieb US-Präsident Franklin D. Roosevelt das Konzept als einen „kühnen Traum“.

Diese Faktoren haben dazu geführt, dass die ILO Dinge erreichen konnte, die vorher nicht möglich waren. Gleich von Beginn an, begann die neue Organisation internationale Normen und Standards zu setzen – Konventionen und Empfehlungen, die jeden Aspekt des Arbeitslebens abdeckten, inklusive Kinderarbeit, Nachtarbeit, Arbeit mit Chemikalien und in Minen, die Bezahlung der Löhne, industrielle Beziehungen, Schutz für junge ArbeitnehmerInnen und Mutterschutz. Diese gemeinsamen Standards nahmen das voraus, was wir heute

Globalisierung nennen. Sie halfen dabei, gleiche Wettbewerbsbedingungen zwischen verschiedenen ArbeitgeberInnen und Ländern zu schaffen. Gleichzeitig bremsten sie die Versuchung aus, schlechtere Arbeitsbedingungen als Instrument der wirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit nutzen.

Heute gibt es 189 rechtlich bindende Konventionen und 205 Empfehlungen. Acht dieser Konventionen gelten als fundamental: Ihr Inhalt ist so wichtig, dass alle ILO-Mitgliedsstaaten diese Prinzipien – durch ihre Mitgliedschaft – akzeptiert haben müssen. Diese Konventionen behandeln Zwangs- und Kinderarbeit, Diskriminierung, Vereinigungsfreiheit und Tarifverhandlungen.

Weitere Konventionen und Empfehlungen kommen stetig hinzu, und zeigen damit, wie flexibel und relevant sie sind. Die neuesten Standards widmen sich den Problemen der heutigen Arbeitswelt, inklusive dem sich wandelnden Menschenschmuggel. Andere sind in neue Bereiche vorgedrungen, zum Beispiel das Übereinkommen über eingeborene und in Stämmen lebende Völker von 1989 – welche bis heute der einzige internationale Standard für diese Gruppe von Menschen ist – und die Konvention für Hausangestellte von 2011. In diesem Jahr werden die ILO-Mitglieder den Entwurf einer Konvention zu Gewalt und Belästigung am Arbeitsplatz diskutieren.

Der Einfluss der ILO hat sich auch in der politischen Sphäre bemerkbar gemacht. 1964 war sie die erste Organisation, die wegen des Apartheidsystems Sanktionen gegen Südafrika verhängt hat. 1969 erhielt die ILO für ihre Arbeit für soziale Gerechtigkeit den Friedensnobelpreis. Ihre Unterstützung für die unabhängige Gewerkschaft Solidarność in den 1980er Jahren trug dazu bei, politischen Wandel in Polen und ganz Osteuropa zu fördern und damit letztendlich den Fall des Eisernen Vorhangs.



**GUY RYDER,**

63, ist ein britischer Gewerkschafter. Von 2006 bis 2010 war er Generalsekretär des Internationalen Gewerkschaftsbundes, seit 2012 ist er ILO-Generalsekretär. Seit 1985 war er bereits in der internationalen Gewerkschaftsbewegung tätig und seit 1998 für die ILO.

Anfang des 21. Jahrhunderts hat die ILO das Konzept der Menschenwürdigen Arbeit entwickelt. Es ist nicht nur ein strategisches internationales Entwicklungsziel, sondern auch ein praktisches Ziel. Schließlich streben alle nach einer Arbeit, die produktiv ist und ein faires Einkommen sichert, soziale Sicherheit und persönliche wie gesellschaftliche Weiterentwicklung ermöglicht. Das Ziel der Menschenwürdigen Arbeit wurde anschließend in die 2030-Agenda der UNO für Nachhaltige Entwicklung aufgenommen.

Zentral für unsere zukünftige Strategie werden die Empfehlungen der Globalen Kommission zur Zukunft der Arbeit sein, die die ILO einberufen hat. Die Kommission hat fast zwei Jahre lang beraten, was es für eine bessere, nachhaltige und gerechtere Zukunft der Arbeit braucht – im Angesicht zäher Herausforderungen, wie Klimawandel, Digitalisierung, wachsende Ungleichheit und demografische Veränderungen. Die Kernempfehlung des Kommissionsberichts ist es, bei der Zukunft der Arbeit die Menschen in den Mittelpunkt zu rücken. Das bedeutet: in die Fähigkeiten der Menschen investieren, in gute Arbeitsbedingungen und Arbeitsbeziehungen zu investieren, und in menschenwürdige und nachhaltige Arbeit investieren.

Es ist eine große Herausforderung, die sich uns stellt, und die ILO kann sie nicht alleine bewältigen. Aber wir sind mehr als bereit, unseren Teil beizutragen. Unsere Geschichte zeigt, dass es möglich ist, Dinge zu erreichen, von denen andere dachten, sie seien unmöglich. Wir stehen auf den Schultern von Riesen und mit uneingeschränkter multilateraler Kooperation und sozialem Dialog, kann der „kühne Traum“ verwirklicht werden.



„Die Menschen sind nicht Europa-müde, sie sind allerdings der vielen Fehlschläge überdrüssig, die es in Europa gegen den europäischen Fortschritt gibt.“



Katharina Focke, SPD-Europa-Abgeordnete der ersten Stunde (1979 – 1989) und Mitglied der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW), am 15.6.1984 – zwei Tage vor der Europawahl 1984.



## Das steht an ...

### 1. Mai

Den **Tag der Arbeit** stellt der DGB in diesem Jahr unter das Motto „Europa. Jetzt aber richtig“. Bundesweit finden gewerkschaftliche Aktionen und Demonstrationen für ein solidarisches und gerechtes Europa statt.

[www.dgb.de/erstermai19](http://www.dgb.de/erstermai19)

### 1. Mai - 9. Juni

In diesem Jahr stehen die **Ruhrfestspiele** unter dem Motto „Poesie und Politik“. (Seite 6). [www.ruhrfestspiele.de](http://www.ruhrfestspiele.de)

### 20. Mai

Mit einem **bundesweiten Aktionstag** will der DGB vor der Europawahl deutlich machen, wie wichtig ein **soziales und solidarisches Europa** gerade für ArbeitnehmerInnen ist. [www.dgb.de](http://www.dgb.de)

### 21.- 24. Mai

Der Europäische Gewerkschaftsbund (EGB) kommt zu seinem **14. Kongress** in Wien zusammen. [www.etuc.org](http://www.etuc.org)

### 23. Mai

Vor 70 Jahren trat das **Grundgesetz** der Bundesrepublik Deutschland in Kraft (1949).

### 26. Mai

**Europawahl**, Bürgerschaftswahl in Bremen, Kommunalwahlen in Baden-Württemberg, Brandenburg, Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern, Saarland, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen.



## Personalia

### RUXANDRA EMPEN,

31, ist seit Mitte März Referentin für Arbeitsmarktpolitik beim DGB-Bundesvorstand. Von 2015 bis 2019 war sie im Beratungszentrum für Migration und Gute Arbeit bei Arbeit und Leben Berlin tätig.

### STEFFI GRIMM,

39, ist seit 15. März Referentin für Tarifkoordination und Mindestlohn in der Abteilung Wirtschafts-, Finanz- und Steuerpolitik beim DGB-Bundesvorstand. Zuvor war sie wissenschaftliche Mitarbeiterin bei der Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin (BAuA).



## Nachgefragt

### ... bei Isabelle Schömann



### Welche Rolle spielt der Europäische Gewerkschaftsbund für Europa?

Der EGB ist ein wichtiger Akteur, der das soziale und solidarische Europa verkörpert. Mit seinen Mitgliedsorganisationen setzt sich der EGB dafür ein, dass die europäischen Standards in sozialen, wirtschaftlichen und ökologischen Fragen steigen. Das heißt, wir kämpfen für ein hohes Lohnniveau und angemessene Arbeitsbedingungen für alle ArbeitnehmerInnen. Die europäische Gewerkschaftsbewegung und ihre Mitgliedsorganisationen, vereint in Vielfalt, sind die entscheidenden Akteure, die das demokratische und solidarische soziale Europa gestalten, das wir brauchen.

### Was möchtest Du für die europäischen ArbeitnehmerInnen erreichen?

Jean Monnet, ein Gründervater der Europäischen Einigung, sagte: Wichtig ist nicht, optimistisch oder pessimistisch zu sein, sondern entschlossen zu sein. Ich bin fest entschlossen und es ist mir eine große Ehre, als DGB-Kandidatin dem EGB-Sekretariat beizutreten. Mein Ziel ist es, das europäische Projekt mit dem EGB und seinen 89 angeschlossenen Gewerkschaftsorganisationen zu gestalten. Gemeinsam arbeiten wir auf einen erfolgreichen europäischen sozialen Dialog hin. Es stärkt unser Sozialmodell, wenn es eine breite Tarifbindung gibt, die möglichst viele ArbeitnehmerInnen schützt. Die Digitalisierung der Arbeit wollen wir im Sinne der ArbeitnehmerInnen gestalten.

**Isabelle Schömann**, 51, ist DGB-Kandidatin für den Vorstand des Europäischen Gewerkschaftsbundes (EGB), der auf dem EGB-Kongress im Mai in Wien neu gewählt wird. Sie ist Arbeitsrechtlerin am Europäischen Gewerkschaftsinstitut (ETUI) und seit 2016 unabhängige Expertin im Normenkontrollausschuss in der Europäischen Kommission.



## TOOLS FÜR MEDIENMACHERINNEN

Journalistische Arbeit ist ohne digitale Technik und Tools kaum noch vorstellbar. Der Blog [journalisten-tools.de](http://journalisten-tools.de) bietet eine grundlegende Orientierung, um den Überblick bei vielen hunderten Tools und Plattformen zu behalten, die MedienmacherInnen für ihre Arbeit nutzen können. So gibt es Testberichte über Daten-, Recherche-, Schreib- und Organisationswerkzeuge. Anfang März ist beispielsweise ein Text erschienen, der erläutert, wie JournalistInnen die Werbe-Accounts von Twitter und Facebook einsetzen können, um Relevanz und Reichweite verschiedener Themen in den sozialen Netzwerken zu recherchieren.

Spannend und hilfreich: Netz-Fundstücke, die enorm Arbeit sparen, wie zum Beispiel eine Liste mit allen Twitter-Accounts der Polizei in Deutschland. Das Blog, das es seit mehr als fünf Jahren gibt, bietet zudem einen Newsletter an, der sich auch für GewerkschafterInnen lohnt.

[www.journalisten-tools.de](http://www.journalisten-tools.de)

## DIGITALKONGRESS ZU KI: WER STEUERT WEN?

Künstliche Intelligenz, lernende Maschinen, Chatbots, Deep Learning, Algorithmen – Begriffe, die bis vor kurzem nach Science Fiction klangen. Tatsächlich haben diese Technologien bereits Einzug in unseren Alltag gehalten. Aus diesem Grund widmet sich der Digitalisierungskongress von ver.di und Hans-Böckler-Stiftung dem Thema. Unter dem Motto „Künstliche Intelligenz - Wer steuert wen?“ analysieren und diskutieren ExpertInnen aus Tech-Szene, Gewerkschaften, Politik und Wissenschaft am 21. und 22. Mai aktuelle digitale Entwicklungen.

Im Plenum und den insgesamt zwölf Workshops geht es um Chancen, Risiken und die ethischen Grundsätze von künstlicher Intelligenz. Unter anderem diskutieren Arbeitsminister Hubertus Heil (SPD), ver.di-Vize Frank Wernecke und Iris Pläger vom BDI, welche konkreten KI-Projekte es gibt, um Gute Arbeit und Gutes Leben zu ermöglichen.

Mehr dazu: [unionize.de](http://unionize.de)

## CHINAS ENTWICKLER PROTESTIEREN

60 Wochenstunden und mehr sollen chinesische EntwicklerInnen arbeiten. Zu ihren Auftraggebern zählen namenhafte chinesische Tech-Konzerne. Auf einer Plattform protestieren die ProgrammiererInnen gegen „996“ – Arbeitstage von 9 bis 21 Uhr an sechs Tagen die Woche. Das Forum hat innerhalb weniger Tage 150 000 UnterstützerInnen gefunden, berichtet das Magazin t3n.

## RE:PUBLICA 2019: ZU LANG ZUM LESEN

Zum 13. Mal öffnet die re:publica Anfang am 6. und 7. Mai ihre Konferenzsäle in Berlin. DGB und Hans-Böckler-Stiftung sind wieder mit eigenen Sessions im Programm.

**re;publica19**  
Berlin, May 6–8

Das Motto der diesjährigen rp19 lautet „tl;dr“ und bedeutet too long; didn't read (dt: zu lang; nicht gelesen) und greift den Hang zum Verkürzten und Flüchtigen im Internet auf. Die KonferenzmacherInnen stellen bewusst das Kleingedruckte und Fußnoten in den Fokus, wie es auf der Internetseite heißt. „Wenn Verkürzungen zu simplen Parolen und Slogans werden, die missbraucht werden, um die Gesellschaft zu spalten und demokratische Systeme zu zerstören, müssen wir mit Wissen und Information, mit Empathie, Dialog und Solidarität dagegen halten.“

### Propaganda und Microtargeting

Das Motto findet sich auch im Programm wieder. Viele Sessions drehen sich um Dimension und Folgen der hitzigen politischen Debatten im Netz. Dabei geht es unter anderem um Microtargeting, Manipulation und Propaganda auf Facebook, Twitter und Co. Aber auch klassische digitale Themen, von den sozialen Netzwerken über den Datenschutz bis hin zu virtuellen Realitäten stehen auf dem Programm. Der Zukunft von Politik und Staat widmet sich etwa die Politikwissenschaftlerin Julia Krüger in ihrem Vortrag „Algorithmen und KI für das demokratische Regieren“.

### DGB-Session: KI macht Arbeit

Der DGB lädt zu einer Session mit dem Thema „Bei uns heißt Siri Mary - KI macht Arbeit“ ein. In der Diskussion werden der DGB-Vorsitzende Reiner Hoffmann mit ExpertInnen aus Politik und Wirtschaft über Ziele und Risiken von Künstlicher Intelligenz diskutieren. So geht es etwa um den Datenschutz am Arbeitsplatz: Interaktive Roboter brauchen persönliche Daten von Beschäftigten, damit sie wirklich helfen können. Geht eine solche Humanisierung der Arbeit auf Kosten der Privatsphäre? Was macht es eigentlich mit der Psyche, wenn wir permanent ausgewertet werden? Wer trägt am Ende die Verantwortung, wenn Fehler passieren?

### Plattformen, die Allen gehören

Die Hans-Böckler-Stiftung will in ihrer Veranstaltung (Plattformen, die Allen gehören) der Frage nachgehen, wie Vermittlungsplattformen wie UBER, Helpling und Co gestaltet sein müssen, damit Menschen, die ihre Arbeitskraft dort anbieten, gut bezahlt und sozial abgesichert sind. Zudem ist die HBS mit einem Stand auf der Ausstellungsfläche vertreten. NGOs und gemeinnützige Organisationen erhalten 2019 erstmals Rabatte auf Ticketpreise ([ticket@re-publica.com](mailto:ticket@re-publica.com)). <https://19.re-publica.com>

## Unfallversicherung

### KEIN SCHUTZ BEI BISS DES PRIVATEN HUNDES

Wird ein Unternehmer bei der Ausübung der betrieblichen Tätigkeit von seinem privaten, nicht zur Bewachung des Betriebsgeländes eingesetzten Hundes gebissen, besteht kein Versicherungsschutz nach dem Recht der gesetzlichen Unfallversicherung.

Der Fall: Der Mann betrieb als Unternehmer einen Autoservice. Am Unfalltag holte er für das Fahrzeug eines Kunden Zündkerzen aus dem Lager. Auf dem Weg von dort zur Werkstatt übersah er seinen Hund, der nicht zur Bewachung des Betriebsgeländes eingesetzt war. Der Mann stolperte über ihn und versuchte sich beim Sturz mit den Händen auf dem Boden abzustützen. Dabei geriet seine rechte Hand in das Maul des Tieres, das instinktiv zubiss. Hierdurch kam es zu einer bakteriellen Entzündung und in der Folge einem Schmerzsyndrom. Die Trägerin der gesetzlichen Unfallversicherung lehnte die Anerkennung des Unfalls als Arbeitsunfall ab. Die dagegen gerichtete Klage hatte keinen Erfolg.

Das Landessozialgericht: Es liegt kein Arbeitsunfall vor. Der Gang des Mannes vom Lager zur Werkstatt stand zwar unter Versicherungsschutz. Der reflexartige Biss des Hundes jedoch stellt ein Risiko dar, das in den Haftungsbereich des Mannes fällt. Diese privat geschaffene spezifische Tiergefahr prägte den Geschehensablauf derart überragend, dass der betrieblich gesetzten Ursache keine rechtlich wesentliche Bedeutung zukommt.

Landessozialgericht Baden-Württemberg,  
Urteil vom 21. März 2019 – L 6 U 3979/18

## Arbeitsunfälle

### UNTERRICHTUNG DES BETRIEBS- RATS AUCH BEI FREMDPERSONAL

Der Betriebsrat kann vom Arbeitgeber verlangen, über Arbeitsunfälle unterrichtet zu werden, die Beschäftigte eines anderen Unternehmens im Zusammenhang mit der Nutzung der betrieblichen Infrastruktur des Arbeitgebers erleiden. Denn, aus den Arbeitsunfällen des Fremdpersonals können arbeitsschutzrelevante Erkenntnisse für die betriebszugehörigen Arbeitnehmer gewonnen werden.

Bundesarbeitsgericht,  
Beschluss vom 12. März 2019 - 1 ABR 48/17

## Krankenversicherung

### KEIN ARBEITSUNFALL BEI VERFOLGUNG EINES DIEBES

Verletzt sich ein Versicherter während einer Dienstreise bei dem Versuch, sich von einem Dieb seine Geldbörse zurückzuholen, steht diese Tat in keinem Zusammenhang mit der beruflichen Tätigkeit.

Der Fall: Der versicherte Arbeitnehmer nahm aus beruflichen Gründen an einem Kongress in Barcelona teil. Nach der offiziellen Abendveranstaltung suchte der Mann gemeinsam mit Kollegen eine Bar auf. Auf dem Rückweg zum Hotel gegen 5 Uhr morgens wurde ihm die Geldbörse gestohlen. Als er den Täter verfolgte, wurde er von einer weiteren Person zu Fall gebracht und verletzte sich schwer. Die Berufsgenossenschaft lehnte eine Anerkennung als Arbeitsunfall ab. Die dagegen gerichtete Klage hatte keinen Erfolg.

Das Landessozialgericht: Es liegt kein Arbeitsunfall vor. Zwar sind Beschäftigte während einer Dienstreise auch auf dem Rückweg vom Tagungsort zum Hotel unfallversichert. Verfolgt ein Versicherter auf diesem Weg jedoch einen Dieb, um seine gestohlene Geldbörse zurückzubekommen, so steht dies nicht unter dem Schutz der Unfallversicherung. Insoweit widmet sich der Beschäftigte rein persönlichen, von seinen betrieblichen Aufgaben nicht mehr wesentlich beeinflussten Belangen. Da im konkreten Fall der Versicherte den Täter nicht verfolgt hat, um ihn der Strafverfolgung zuzuführen, kommt auch kein Versicherungsschutz wegen „der Verfolgung eines Straftäters im allgemeinen Interesse“ in Betracht.

Hessisches Landessozialgericht,  
Urteil vom 11. März 2019 – L 9 U 118/18

## Hartz IV

### JOBCENTER ZAHLT NICHT FÜR HOMÖOPATHIE

Das Jobcenter muss grundsätzlich eine ausreichende medizinische Versorgung des Hilfebedürftigen sicherstellen. Die geschieht bereits durch Übernahme der Krankenversicherungsbeiträge. Daher ist das Jobcenter nicht verpflichtet, mehr Medikamente als die Krankenkasse zu bezahlen. Das gilt für homöopathische oder andere alternative Arzneimittel, die nicht zum Leistungskatalog der gesetzlichen Kassen gehören.

Landessozialgericht Niedersachsen-Bremen,  
Urteil vom 10. Januar 2019 – L 15 AS 262/16